



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Krippengipfel jetzt - Rahmenbedingungen für Rechtsanspruch schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass ab August 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren besteht. Somit erwerben alle Eltern einen individuell einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Bundesweite durchschnittliche Werte oder Quoten, die vor fünf Jahren als grobe Planungsgrundlage geschätzt wurden, werden deshalb den Kommunen bei dem realen Problem des Vorhaltens von ausreichend Betreuungsplätzen nicht helfen, sondern nur tatsächlich geförderte und vorhandene Betreuungsplätze, zur Deckelung der realen Nachfrage von Eltern nach Betreuungsplätzen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die im Dezember 2011 veröffentlichte Befragung des Sozialministeriums bei den 33 Jugendamtsbezirken in Hessen einen Bedarf zur Umsetzung des Rechtsanspruches von 58.000 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ergeben hat. Damit sind gegenüber dem Status quo noch 13.000 weitere Plätze zu schaffen.
3. Der Landtag stellt deshalb fest, dass das im Januar 2012 erneuerte Ziel der Landesregierung bis 2013 lediglich die Schaffung von 52.000 Betreuungsplätze zu erreichen, den tatsächlichen hessischen Betreuungsbedarf ein weiteres Mal ignoriert. Die von Minister Grüttner angekündigte Förderung von lediglich rund 5.000 Plätzen bis 2013 liegt deshalb unter der Hälfte der notwendig zu fördernden Plätze. Dieses Ziel reicht nicht aus und gefährdet somit die Umsetzung des Rechtsanspruches massiv.
4. Der Landtag stellt weiter fest, dass die für die Kommunen zugesagten 11 Millionen Euro Investitionskosten in 2012 zu einer deutlichen Verlangsamung der Ausbaugeschwindigkeit führen wird, da nur noch ein Bruchteil der notwendigen Plätze neu geschaffen werden können. So erhalten beispielsweise die Stadt Darmstadt nur noch 25%, der Main Kinzig Kreis nur noch 10% und Frankfurt lediglich knapp 30% der Vorjahresmittel. Eine angekündigte Erhöhung für das Haushaltsjahr 2013 hilft für das Jahr 2012 nichts.
5. Der Landtag stellt weiter fest, dass der Fachkräftemangel schon heute den Ausbau neuer und die Besetzung bestehender Betreuungsplätze massiv behindert. Der vom Ministerium erhobenen Mangel beläuft sich auf 3.500 Vollzeitäquivalente. Aufgrund der hohen Teilzeitquote im Erzieherberuf bedeutet dies, dass bis zum August 2013 noch 4.500 Personen für den Erzieherberuf gewonnen werden müssen.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bereits 2012 ausreichende Landesmittel den Kommunen zur Verfügung zu stellen, um den Ausbau nicht weiter zu bremsen.
7. Die Landesregierung wird aufgefordert einen hessischen Krippengipfel zu initiieren, um alle Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und Gemeinden, Trägern und Organisationen der Kinderbetreuung, sowie Institutionen der Fachkräfteausbildung – und gewinnung an einen Tisch zu bringen, um alle Potentiale der Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen und die drohende Betreuungskrise im August 2013 abzuwenden.

Wiesbaden, den 28.2.2012

Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir